



Samtgemeinde Fintel
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 33-

13. Ratsperiode 2021-2026
Lauenbrück, den 11.06.2026

Niederschrift über die 16. Sitzung **des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend** am **10.06.2026** im **Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück**.

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 19:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Tobias Koch

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Ratsmitglieder

Frau Tanja Bladauski

Herr Ulrich Brunkhorst

Herr Merten Lüdemann

Herr Horst Milbrodt (Vertr. für Herrn Reinhard Trau)

Herr Jürgen Rademacher

Herr Michael Sablotzke (Vertr. für Frau Sabrina Zimmer)

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder (Vertr. für Herrn Christian Geddert)

Beratende Mitglieder

Frau Janine Boelter

Frau Azize Pillana-Buzuku

Von der Verwaltung

Frau Maren Seifer

Frau Linda Nentwig

Protokollführerin

Frau Antje Broocks

Abwesend:

Beratende Mitglieder

Herr Lars Rüter

Frau Silvia Poort

Herr Wilhelm Tödter

Herr Rasmus Prien

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend am 11.03.2026**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Rückblick auf den Antrag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit aller Beteiligten rund um Schul- und KiTa- Angelegenheiten**
- 5 **Neufassung der Satzung über den Betrieb und die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder der Samtgemeinde Fintel
Vorlage: 063/2026**
- 6 **Sachstandsbericht KiTa-Planung 2026/2027
Vorlage: 062/2026**
- 7 **Antrag SPD-Fraktion & CDU/FDP-Fraktion: Weitergabe von Zuschüssen zur Senkung der Mittagessenspreise in Kindertagesstätten und Grundschulen
Vorlage: 067/2026**
- 8 **Antrag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reduzierung der Verwaltungskostenbeteiligung für KiTa- und Schulessen
Vorlage: 045/2026**
- 9 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 10 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 11 **Einwohnerfragestunde**

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Koch eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Kita-Leitung, die Mitarbeitenden der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die zahlreich anwesenden Zuhörer. Weiterhin teilt er mit, dass die beratenden Ausschussmitglieder Tödter, Rüter und Exner entschuldigt seien. Als Frau Exners Vertreterin begrüßt er Frau Pllana-Buzuku, die zum ersten Mal an einer Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend teilnehme. Er erklärt, dass SGB Maier nach dem nächsten Tagesordnungspunkt die Pflichtenbelehrung für das neue Ausschussmitglied vornehmen werde. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend am 11.03.2026

Die Niederschrift über die Sitzung am 11.03.2026 wird einstimmig bei 3 Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	5
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	3

SGB Maier weist Frau Pllana-Buzuku darauf hin, dass die Pflichtenbelehrung eine formale Voraussetzung darstelle. Üblicherweise wäre ihr die Belehrung bereits im Vorfeld zugesandt worden. Dieses sei nicht geschehen, da die Vertretung sehr kurzfristig zustande gekommen sei.

Frau Pllana-Buzuku wird als beratendes Ausschussmitglied über die sich aus der Tätigkeit ergebenden Rechte und Pflichten, insbesondere die Verschwiegenheitspflicht sowie die Vorschriften über Mitwirkungsverbote, durch SGB Maier belehrt. Die Belehrung wird durch ihre Unterschrift bestätigt.

Ausschussvorsitzender Koch informiert, dass beratende Ausschussmitglieder nicht stimmberechtigt seien. Sie haben jedoch das Recht, während der gesamten Sitzung Wortbeiträge zu leisten.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der anwesenden Einwohner gestellt.

TOP 4: Rückblick auf den Antrag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit aller Beteiligten rund um Schul- und KiTa- Angelegenheiten
--

Ausschussvorsitzender Koch teilt mit, dass er als Fraktionsvorsitzender der SPD zugleich im Namen der CDU/FDP-Fraktion eine Erklärung zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit für die Öffentlichkeit abgeben möchte. Da ihm dies in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses nicht möglich sei, übergibt er die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt an den Vorsitzenden des Schulausschusses Sablotzke. Dieser erteilt anschließend Ausschussmitglied Koch das Wort.

Ausschussmitglied Koch erläutert, dass es beim Antrag der Grünen in erster Linie darum gegangen sei, die Elternschaft zur Essensversorgung, insbesondere zur Preisgestaltung, anzuhören. In den darauf folgenden Diskussionen der vergangenen Sitzungen sei wiederholt der Eindruck entstanden, die Kommunikation zwischen Verwaltung und Elternschaft funktioniere nicht ausreichend. Diesen Eindruck möchte er ausdrücklich korrigieren.

Er berichtet, dass am 6. Mai 2026 vereinbarungsgemäß eine Sitzung des Samtgemeindebeirats stattgefunden habe. Dort seien gemeinsam mit Vertretern der Elternschaft, der Politik und der Verwaltung unter anderem sämtliche Punkte der von der Elternschaft eingereichten Mängelliste besprochen worden. Als Ergebnis habe sich gezeigt, dass die Liste teilweise unzutreffende Angaben enthalten habe. Nach den gewonnenen Erkenntnissen seien zudem etwa 99 % der Eltern mit der Organisation der Essensversorgung in den Kindertagesstätten und Schulen zufrieden. Vor diesem Hintergrund erklärt Ausschussmitglied Koch die Entscheidung, keine weitere Arbeitsgruppe einzurichten, als folgerichtig. Gleichzeitig würde er es begrüßen, dass weiterhin politische Vertreter zu den Samtgemeindebeiratssitzungen eingeladen werden.

Ausschussmitglied Schnellrieder weist den Vorwurf zurück, die Mängelliste stelle eine Kritik an der Verwaltung dar. Die Liste sei von der Elternschaft erstellt worden und nicht Gegenstand des ursprünglichen Antrags gewesen. Ziel des Antrags sei vielmehr die Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit aller Beteiligten gewesen. Es sollten keine Missverständnisse entstehen oder verstärkt werden.

Er fügt hinzu, dass nach der ersten Beratung im März im BiSoJu-Ausschuss das Thema intensiv erörtert worden sei. Dabei hätten sich neue Erkenntnisse ergeben. Mit dem erzielten Ergebnis zeigt sich Ausschussmitglied Schnellrieder zufrieden. Zudem begrüßt er den weiterführenden Antrag der SPD- sowie der CDU/FDP-Fraktion.

SGB Maier ergänzt, dass unabhängig vom bisherigen Verlauf eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden worden sei. Nun gelte es, den Blick nach vorn zu richten.

FD-Leitung Seifer erklärt abschließend, ohne vergangene Diskussionen erneut aufgreifen zu wollen, dass der Antrag aus ihrer Sicht zwei voneinander zu trennende Themen umfasse: Zum einen die Mittagsverpflegung und zum anderen die Kommunikation. Sie schildert, dass die Verwaltung im Rahmen einer öffentlichen Sitzung zum Antrag der Grünen mit der von der Elternschaft erstellten Mängelliste konfrontiert worden sei. Im weiteren Verlauf habe sich jedoch herausgestellt, dass nicht alle

darin aufgeführten Punkte der Wahrheit entsprachen. Zudem stellt sie klar, dass sie als Fachdienstleitung keinen Einfluss auf die Zusammenarbeit der Gruppensprecher habe. Unabhängig davon sei sie gerne bereit, neben dem regelmäßig tagenden Samtgemeindebeiratssitzung auch weiterhin für Anliegen der Elternschaft offen zu sein. Die politischen Vertretungen lade sie auch künftig gerne zu den Samtgemeindebeiratssitzungen ein.

Anschließend übergibt Ausschussmitglied Sablotzke die Sitzungsleitung wieder an den Ausschussvorsitzenden Koch.

TOP 5: Neufassung der Satzung über den Betrieb und die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder der Samtgemeinde Fintel Vorlage: 063/2026

Ausschussvorsitzender Koch erläutert, dass die vorgenannte Satzung regelmäßig an aktuelle Erfordernisse angepasst werden müsse. Anschließend fragt er die Ausschussmitglieder, ob seitens der Fachdienstleitung Seifer weiterer Erläuterungsbedarf bestehe. Da keine weiteren Ausführungen gewünscht werden, verliest er den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor,

die Satzung über den Betrieb und die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder der Samtgemeinde Fintel soll wie folgt geändert zum 01.08.2026 in Kraft treten:

§ 3 Abs. 2 wie vorgeschlagen

§ 6 Abs. 1 ff. wie vorgeschlagen

§ 8 Abs. 7 wie vorgeschlagen

§ 10 Abs. 7 wie vorgeschlagen

§ 10 Abs. 11 wie vorgeschlagen

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	8
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

TOP 6: Sachstandsbericht KiTa-Planung 2026/2027 Vorlage: 062/2026
--

Ausschussvorsitzender Koch erteilt FD-Leitung Seifer das Wort. Diese berichtet, dass der Sachstandsbericht üblicherweise im März vorgestellt werde. Die Kitaplanung in Kombination mit der Personalplanung gestaltete sich in diesem Jahr etwas umfangreicher, deshalb konnte der Bericht nicht früher erstellt werden.

Sie erläutert, dass sie nicht auf jede einzelne Kindertagesstätte eingehen werde. Der ausführliche Bericht könne bei Bedarf im Ratsinformationssystem eingesehen oder dem Protokoll als Anlage entnommen werden.

Weiter führt sie aus, dass zu Beginn des Jahres eine Bedarfsabfrage bei allen Familien durchgeführt worden sei. Ein Schwerpunkt habe dabei auf der Ermittlung des Bedarfs an (erweiterten) Betreuungszeiten gelegen. Die Auswertung habe ergeben, dass die bestehenden Betreuungsangebote den Bedürfnissen der Eltern weitgehend entsprechen. Es wird auf die Auswertung im Sachstandsbericht verwiesen.

FD-Leitung Seifer fügt hinzu, dass in der Kita Fintel die Öffnungszeit ab August um eine Stunde reduziert werde. Die Einrichtung schließe künftig gänzlich um 16:00 Uhr statt wie bisher teils noch um 17:00 Uhr. Demgegenüber werde die Öffnungszeit der „Kleinen Löwenburg“, einer Zweigstelle der Kita Löwenburg für Krippenkinder, um 30 Minuten erweitert. Die Betreuungszeit werde dort künftig von 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr angeboten. Des weiteren weist sie auf das notwendige Betreuungsangebot in der Kleinen Löwenburg aufgrund der Altersstruktur und Gruppenzusammensetzung mindestens für das anstehenden Betreuungsjahr hin.

Abschließend teilt FD-Leitung Seifer mit, dass die Kindertagesstätten der Samtgemeinde insgesamt gut aufgestellt seien. Nach dem aktuellen Stand der Anmeldungen könne der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle angemeldeten Kinder erfüllt werden. Ein zusätzlicher Personalbedarf zeichne sich derzeit ebenfalls nicht ab.

SGB Maier ergänzt, dass die Samtgemeinde mit dem Modell der Kindertagesstätten in eigener Trägerschaft im Vergleich zu Kommunen, deren Einrichtungen von Vereinen oder anderen Trägern betrieben werden, sehr gute Erfahrungen mache. Er hebt hervor, dass sowohl die Qualität der Betreuung als auch das Platzangebot den Anforderungen entsprächen. Er wünsche sich, dass dieses erfolgreiche Modell auch künftig fortgeführt werden könne, und spricht dem Fachdienst Kita und Schulen seinen ausdrücklichen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Anmerkung zum Protokoll:

Der Sachstandsbericht ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 7: Antrag SPD-Fraktion & CDU/FDP-Fraktion: Weitergabe von Zuschüssen zur Senkung der Mittagessenspreise in Kindertagesstätten und Grundschulen
Vorlage: 067/2026

Ausschussvorsitzender Koch übergibt das Wort an Ausschussmitglied Brunkhorst. Dieser berichtet, dass der zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Eilantrag allen Ausschussmitgliedern bekannt sein dürfte. Anlass des Antrags ist die Möglichkeit, zusätzliche Fördermittel für die Mittagsverpflegung zu erhalten, die den Gemeinden bislang nicht in dieser Form zur Verfügung standen. Durch die Weitergabe dieser Zuschüsse soll die finanzielle Belastung für alle Beteiligten reduziert werden. Gleichzeitig stellt Ausschussmitglied Brunkhorst klar, dass die zusätzlichen Mittel nicht ausreichen, um die entstehenden Kosten vollständig zu decken. Der verbleibende Differenzbetrag müsse daher von der Samtgemeinde getragen werden.

Weiter führt Ausschussmitglied Brunkhorst aus, dass die antragstellenden Fraktionen künftig auf eine prozentuale Kostenbeteiligung verzichten möchten. Hintergrund sei, dass aufgrund von Tarifänderungen und anderen Kostenentwicklungen die prozentualen Anteile regelmäßig neu verhandelt werden müssten. Durch die Vereinbarung eines Festbetrags sollen diese wiederkehrenden Anpassungen sowie mögliche Kommunikationsprobleme vermieden werden.

Abschließend weist Ausschussmitglied Brunkhorst darauf hin, dass der Beschlussvorschlag mit seinen fünf Punkten bereits im Schulausschuss beraten und dort positiv aufgenommen worden sei. Er begrüße es, wenn der Rat dem Antrag ebenfalls zustimmen würde.

Ausschussmitglied Schnellrieder spricht sich für den Antrag aus und zeigt sich erfreut darüber, dass die vorangegangenen Diskussionen zu diesem positiven Ergebnis geführt haben. Ergänzend führt er aus, dass die vereinbarte Kostenobergrenze für die kommenden zwei Jahre eine größere Unabhängigkeit von Preissteigerungen seitens des Caterer gewährleisten werde.

Ausschussvorsitzender Koch verliest den Beschlussvorschlag und nimmt die Abstimmung vor.

Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend schlägt einstimmig vor:

1. Die Kostenbeiträge für das Mittagessen in den Kindergärten werden zum kommenden Betreuungsjahr von derzeit 5,09 Euro auf 4,75 Euro pro Mahlzeit gesenkt.
2. Die Kostenbeiträge für das Mittagessen in den Grundschulen werden zum kommenden Schuljahr von derzeit 6,53 Euro auf 5,75 Euro pro Mahlzeit gesenkt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen vorzunehmen sowie die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten.
4. Die fixen Kosten für die Mittagverpflegung gelten zunächst bis zum Ende des Schul-/ Betreuungsjahres 2027/2028
5. Die Verwaltung wird beauftragt halbjährlich über den aktuellen Stand der Mittagsverpflegung Bericht zu erstatten

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	8
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

TOP 8: Antrag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reduzierung der Verwaltungskostenbeteiligung für KiTa- und Schulessen
Vorlage: 045/2026

Ausschussvorsitzender Koch erteilt Ausschussmitglied und Antragsteller Schnellrieder das Wort. Dieser erläutert, dass sich Beschlusspunkt a) des Antrags durch die Einigung im Zusammenhang mit dem Eilantrag der SPD- sowie der CDU/FDP-Fraktionen erledigt habe.

Zum Beschlusspunkt b) führt er aus, dass im letzten Schulausschuss darüber beraten worden sei, wie eine Unterstützung für wirtschaftlich besonders belastete Eltern im Rahmen einer Härtefallregelung ausgestaltet werden könne. Er spricht sich dafür aus, das Verfahren sozialverträglicher zu gestalten.

Ausschussvorsitzender Koch berichtet hierzu, dass nach Aussage von AV Hoppe im Schulausschuss seitens der Verwaltung Unterstützung bei der Antragstellung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets angeboten werde. Diese Hilfestellung werde den Betroffenen zudem aktiv angeboten.

Ausschussvorsitzender Koch lässt über den Beschlusspunkt b) abstimmen.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig,

eine Methode zu entwickeln, die die Teilhabe der Kinder von wirtschaftlich besonders betroffenen Eltern in Form einer Härtefallunterstützung ermöglicht.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	8
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

TOP 9: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

a) Mittagsverpflegung

FD-Leitung Seifer berichtet, dass seitens des Caterers für die Mittagsverpflegung in den Kitas und Grundschulen aus formalen Gründen ein Änderungswunsch zum bestehenden Vertrag geäußert worden sei. Hintergrund seien die gestiegenen Kraftstoffkosten. Der Caterer habe angeregt, die bisherige Preisgleitklausel aus dem Vertrag zu streichen und stattdessen den Verbraucherpreisindex als Grundlage für künftige Preisanpassungen heranzuziehen.

Nach intensiven Gesprächen in der vergangenen Woche hätten sich beide Vertragsparteien darauf verständigt, den Vertrag mit einer entsprechenden Ergänzung bis zum Jahr 2030 fortzuführen.

Ausschussvorsitzender Koch ergänzt, dass die Kosten für den abzuschließenden Ergänzungsvertrag von der Samtgemeinde getragen würden.

b) Anspruchsverhalten

Die FD-Leitung Seifer äußert sich besorgt über das Verhalten einiger Eltern. Aus ihrer Sicht haben die Erwartungen an Kindertageseinrichtungen insgesamt in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dieses sei z.B. sowohl im Hinblick auf individuelle Betreuungszeiten in der KiTa oder auch auf individuelle Essenstage in der Schule zu merken. Zur Veranschaulichung berichtet sie von aktuell steigenden Anfragen aus der Elternschaft nach einem wechselnden Speisenangebot, wenn das Kind nur an einem Tag pro Woche für das Mittagessen angemeldet sei. So müsse das Kind beispielsweise am Montag immer Pasta essen. FD-Leitung Seifer fügt hinzu, dass sei-

tens des Caterer feste Pasta, Suppen, Fisch-/Fleischtage in der Woche vorgesehen und geplant seien. Auch hier könne nicht jedem individuellen Wunsch der Familien nachgekommen werden.

In diesem Zusammenhang weist FD-Leitung Seifer darauf hin, dass die Verwaltung im Rahmen der umfangreichen Ausschreibung bewusst auf die Qualität des Speisenangebotes ihr Augenmerk gelegt habe. Der derzeitige Caterer biete eine vielfältige und ausgewogene Speisenauswahl an, die biozertifiziert und inzwischen auch DGE-zertifiziert sei. Darüber hinaus werde das Mittagessen von den meisten Kindern sehr gut angenommen.

TOP 10: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

a) Kostentransparenz

Ausschussmitglied Schnellrieder regt an, die Kostenkalkulation für das Mittagessen transparenter darzustellen. Er wünscht sich eine detaillierte Aufschlüsselung der Kostenanteile der Samtgemeinde, der Eltern sowie der Fördermittel.

Die FD-Leitung Seifer teilt mit, dass eine entsprechende Kalkulation grundsätzlich vorliege und keine inhaltlichen Probleme bestünden. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass zwischen dem Kita- und dem Schulbereich unterschieden werden müsse, was die Darstellung der Zuschüsse erschweren könne.

Ausschussmitglied Schnellrieder äußert hierzu sein Unverständnis und weist darauf hin, dass die entsprechenden Mittel vom Land eindeutig zweckgebunden sein müssten.

Ausschussmitglied Brunkhorst informiert, dass die Landesmittel zwar nicht unmittelbar für die Essensverpflegung vorgesehen seien, jedoch eine sachgerechte Aufteilung und Umwidmung möglich sei.

Der Ausschussvorsitzende Koch stellt abschließend fest, dass die Verwaltung eine geeignete Lösung finden werde, um die Kostenkalkulation nachvollziehbar und verständlich aufzubereiten.

TOP 11: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer gestellt.

Ausschussvorsitzender Koch bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:42 Uhr.

gez. Broocks
Protokollführerin

gez. Maier
Samtgemeindebürgermeister

gez. Tobias Koch
Ausschussvorsitzender